

Noch ein Jahr – wird die innere Sicherheit Wahlkampfthema?

Blickt man auf die aktuelle Situation der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern, sieht man diese mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert. Dabei geht es nicht nur um die seit Jahren schleppende Digitalisierung (Stichwort P20), den demografischen Wandel (Stichwort Babyboomer) oder die Pension (Stichwort alle in die gesetzliche Rente). Vielleicht könnte man bei diesen Themen sogar auf eine bundesweite Problematik verweisen, die alle Polizeien haben. Ich möchte den Fokus auf die Themen legen, die das Land Mecklenburg-Vorpommern und seine Landesregierung in eigener Verantwortung haben und damit auch lösen müssen.



Foto: GdP MV

Beginnen möchte ich mit dem Thema Führungskräfte. Dabei geht es mir diesmal ausdrücklich nicht um die immer noch zu geringe Bewerberanzahl für den höheren Dienst. Mir geht es um die Besetzung von Dienstposten. Zum einen gibt es Dienstposten, die dem höheren Dienst zugeordnet sind und noch immer und auf unabsehbare Zeit mit Mitarbeitern des gehobenen Dienstes besetzt sind. Zum anderen gibt es Spitzendienstposten, deren planbare (!) Besetzung sich monatelang hinzieht. Von der zunehmenden Entscheidungslast, die entweder vor sich hergeschoben wird oder durch Menschen geschultert werden muss, die selbst schon genug beladen sind, ganz zu schweigen. Spötter behaupten übrigens, dies sei ein nicht unwesentlicher Beitrag, den die Landespolizei zur finanziellen Gesundheit des Landeshaushaltes leistet, weil zum einen Besoldung im aktiven Dienst gespart wird und die Dauer des Bezuges der Pension im Alter sinkt.

Apropos Haushalt: Auch wenn sich formal viel Geld im Polizeihaushalt befindet, ist dieser trotzdem praktisch nicht existent. Die notwendigen Investitionen in die polizeiliche Zukunft können derzeit nicht erfolgen und werden bestenfalls in die Zukunft verschoben. Es geht sogar so weit, dass man über die Aufkündigung bereits geschlossener Verträge diskutiert, weil man absehbar keine finanziellen Mittel zur Erfüllung dieser Verträge hat. Was solche Überlegungen mit dem Vertragspartner – auch mit Blick auf die Zukunft – machen, darf sich jeder selbst ausmalen.

Das Wort Malen bringt mich zu dem Thema Gebäude. Noch immer gibt es Gebäude, bei denen man die Baukunst und Langlebigkeit von DDR-Materialien bewundern kann. Vor 60 Jahren erbaut, seit 35 Jahren nichts dran gemacht und trotzdem steht das Gebäude immer noch und muss mit „leichten“ Einschränkungen nutzbar sein. So sind kreative Lösungen und ein Schönreden vor-

programmiert. Hier ein paar Vorschläge: Undichte Fenster sorgen für eine ausreichende Belüftung im Sommer und stärken die Abwehrkräfte im Winter. Wenn sich Mitarbeiter im Dienstgebäude nicht wohlfühlen, streben weniger Beschäftigte Bürojobs an und somit wird der Streifeneinzeldienst gestärkt.

Keine Angst, ich schreibe diesmal nichts zum fehlenden Personal. Augenscheinlich haben wir genug Personal, das wir nur effizienter und effektiver nutzen müssen. Was selbstverständlich die Krankenanzahl und Überstunden senken wird. Die Zusammenlegung von Revieren, die Bearbeitung von gleich gelagerten Vorgängen an nur einer Stelle im Land, die Übernahme der Aufgaben einer Kommission durch eine Person alleine – es gibt keine Denkverbote, sondern nur ergebnisoffene Pilotierungen.

Zusammengefasst lässt sich feststellen: Die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern befindet sich an einem Wendepunkt. Um die öffentliche Sicherheit langfristig zu gewährleisten, sind sofortige Maßnahmen nötig. Das Personalloch muss gestopft werden. Die Arbeitsbedingungen sind signifikant zu verbessern.

Und damit komme ich zur obigen Frage zurück. Wird die innere Sicherheit Wahlkampfthema oder bleibt es bei politischen Floskeln ohne konsequentes Handeln? Ich fordere ALLE Parteien auf, ihre konkrete Version der Zukunft der Landespolizei in den nächsten Monaten zu präsentieren. ■





Verabschiedung des Inspektors der Landespolizei

Zum Abschied hat Nils Hoffmann-Ritterbusch („Ho-Ri“) die Gelegenheit genutzt, uns mit seinen letzten Worten einen unvergesslichen Eindruck zu hinterlassen. Vielen Dank!

Liebe Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei, liebe Kolleginnen und Kollegen,

bevor ich meinen Platz als Inspekteur der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern räume, ist es mir ein Bedürfnis, mich von Ihnen und Ihrer Gemeinschaft zu verabschieden und Danke für die gemeinsame Zeit zu sagen.

Danke an die Gewerkschaft der Polizei für ihre unverzichtbare, wahrscheinlich niemals enden wollende, notwendige, im Übrigen manchmal auch für Dritte, anstrengende Arbeit.

Die Gewerkschaft der Polizei ist eine wichtige und starke Stimme für all jene, die täglich mit viel Engagement, Einsatz und Mut unsere Gesellschaft schützen.

Die Polizeiarbeit ist fordernd, sie ist zuweilen gefährlich, sie ist geprägt von Verantwortung und nicht selten von verschiedensten Seiten geäußelter unverdienter und schmerzender Kritik.

In einem solchen Umfeld braucht es eine Organisation, die Solidarität und Rückgrat zeigt, die schützt, die vermittelt, die auch mal polarisiert oder mal laut wird, wenn es notwendig ist.

Diese Rolle übernimmt die Gewerkschaft der Polizei mit Haltung, Herz und Verstand, selbst wenn Sie Ausgangspunkt der Kritik sind.

Sie kämpfen für faire Arbeitsbedingungen, für angemessene Bezahlung, für moderne Ausrüstung, für gerechte und gesunde Arbeits-

zeiten, für ein modernes Arbeitsumfeld und für die Würde unseres Berufes. Darauf dürfen Sie mit Recht Stolz sein.

Sie bringen sich nicht nur kritisch, sondern auch gestaltend ein – mit klarer Haltung und bitte auch immer mit dem Blick für das Machbare. Damit sind Sie ein unverzichtbarer Partner für Führung und Politik.

Das alles nicht für sich, sondern für die Sicherheit derer, die uns die Sicherheit Tag für Tag bieten. Das ist für Sie eine Selbstverständlichkeit, sogar wenn es Kritik aus den eigenen Reihen dafür gibt, weil Sie das große Ganze im Blick nicht verloren haben und Individualinteressen zurückstehen müssen. Sie machen deutlich, dass sich Kritik und Loyalität nicht ausschließen müssen.

Zuweilen mag es wie ein täglicher Kampf gegen Bürokratie, politische Hürden und finanzielle Engpässe sein, aber dieser Kampf ist ein wichtiger Motor der Weiterentwicklung der Polizei.

Die Gewerkschaft sorgt dafür, dass die Perspektive aller Sparten unserer Polizei gehört wird, seien es Polizeivollzugsbeamte, Verwaltungsbeamte oder Tarifbeschäftigte. Sie stehen für Solidarität, sind ein Ort des Austausches, der gegenseitigen Unterstützung und des kollegialen Rückhalts.

Ich danke Ihnen ganz persönlich für Ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit in unserer gemeinsamen Zeit, gleich welche Funktion ich in dieser Landespolizei bekleiden durfte. Ich schätze Ihre Beharrlichkeit in bewegten Zeiten.

Ich rufe Ihnen aber auch zu: Haben Sie Vertrauen in die guten Ideen und Absichten der vielen Vorgesetzten in unserer Organisation. Machen Sie sich auch stark in den strategischen Diskussionen und Prozessen, um unsere Polizei besser zu machen. Nie sollte das Unglück des Einzelnen das große Ganze überstrahlen.

Die Sicherheit unseres Landes ruht auf den Schultern jener, die für Recht und Ordnung eintreten, genau derer, für die sich die GdP starkmacht. Damit ist sie mehr als eine reine Interessenvertretung. Sie ist ein Fundament des demokratischen Rechtsstaats.

Dafür gebührt Ihnen mein Dank und meine Anerkennung, den ich sicher auch im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei aussprechen darf.

Bleiben Sie laut, bleiben Sie standhaft, und vor allem, bleiben Sie dran. Die Polizeibediensteten brauchen Sie mehr denn je!

**Ihr Nils Hoffmann-Ritterbusch,
Inspekteur der Polizei a. D.,
Landespolizei Mecklenburg-
Vorpommern**



Foto: Innenministerium MV



„De facto sind wir überlastet“

Der Anteil der Landespolizisten in Mecklenburg-Vorpommern mit mehr als 40 Überstunden auf ihrem Konto ist zuletzt etwas kleiner geworden. Laut aktuellen Zahlen des Schweriner Innenministeriums war es Ende 2024 etwa jeder dritte Beamte. Aber genau lassen sich die Überstunden aus der Statistik nicht ablesen. Das kritisierte Christian Schumacher, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP). „De facto sind wir überlastet, de facto haben wir kein Personal.“ 2017 wurden Jahresarbeitszeitkonten und Ampelphasen zur Erfassung der Überstunden eingeführt. „Das Positive ist, durch das Arbeitszeitkonto haben wir eine höhere Flexibilität“, erklärte Schumacher.

Am 31. Dezember 2024 waren die Stände bei rund 1.700 Beamten gelb, was ein Guthaben von mehr als 40 und bis zu 80 Stunden bedeutet. Rot war der Stand mit mehr als 80 Stunden demnach bei rund 290 Beamten. Der Anteil der Beamten mit gelben oder roten Arbeitszeitkonten zusammen betrug den Angaben des Innenministeriums zufolge Ende 2024 33,9 Prozent nach 35,7 Prozent Ende 2023.

Mehrarbeit durch Sonderlagen

Überschreitet der Stand eines Arbeitszeitkontos 120 Stunden, können Beamte zu weiteren Stunden verpflichtet werden. Etwa bei Sonderlagen. Diese haben laut einer früheren Mitteilung des Ministeriums im vergangenen Jahr für mehr als 2.400 Stunden Mehrarbeit bei den Beamten gesorgt. Großereignisse

waren laut Ministerium etwa die zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit im Oktober 2024 in Schwerin und die Fußball-Europameisterschaft. Zwar fanden keine Spiele in Mecklenburg-Vorpommern statt, aber Beamte aus dem Nordosten seien unterstützend in anderen Bundesländern im



Foto: GdP MV

Einsatz gewesen. Schumacher nannte auch den Personenschutz für Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) als Bereich, in dem Mehrarbeit entstehe. „Schwesig war ja Bundesratspräsidentin. Da hatten wir sehr viele Reisen nach Berlin.“ Auch Spezial- und Mobileinsatzkommandos kämen klassischerweise verstärkt auf Mehrarbeit, da diese Spezialisten schwer zu ersetzen seien.

Personalzielmarke bislang nicht erreicht

Laut Innenministerium arbeiteten mit Stand 1. Januar 2025 insgesamt 5.935 Menschen bei der Landespolizei, davon 4.923 Beamte im

Polizeivollzugsdienst und 1.012 Menschen in anderen Bereichen, wie etwa der Verwaltung. 2024 betrug die Gesamtzahl demnach 5.956, 2023 waren es 5.880 und im Jahr zuvor 5.851. Anfang dieses Jahres seien 209 Stellen im Polizeivollzugsdienst und 39 Stellen in anderen Bereichen unbesetzt gewesen.

Die meisten Stellen, nämlich 70, waren demnach im Streifendienst unbesetzt. Hier gebe es auch die meisten Dienstposten. Schumacher sagte, man warte weiterhin auf das Erreichen des von der Politik gesteckten Personalziels. Schon vor der aktuellen Legislaturperiode war in einem Pakt für Sicherheit von rund 6.200 Planstellen die Rede. Auch die aktuelle rot-rote Regierung hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu bekannt.

„Fakt ist, dass die Zahl nicht erreicht wird. Über die Gründe darf man gerne spekulieren“, kritisierte Schumacher. Innere Sicherheit scheine seiner Meinung nach kein Schwerpunktthema für Schwesig zu sein.

Präsenz schwierig im Flächenland

„Wenn Sie mit der Bevölkerung reden, hat diese immer die Erwartung einer höheren Präsenz der Polizei“, sagt Schumacher. Diese Erwartung könne man nicht erfüllen. „Es gibt Regionen, da sehen Sie wahrscheinlich den Weihnachtsmann oder den Osterhasen öfter als einen Streifenwagen. Das ist so“, konstatierte Schumacher. MV sei ein dünn besiedeltes Land. Selbst wenn es je Einwohner rechnerisch viele Beamte gebe, seien es je Quadratkilometer wenige. „Anders als beim Rettungswesen, wo Sie gesetzlich

DP – Deutsche Polizei
Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle
Gadebuscher Straße 125
19057 Schwerin
Telefon (0385) 208418-10
Telefax (0385) 208418-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Marco Bialecki (V.i.S.d.P.)
Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. links)



vorgeschriebene Durchschnittszeiten leisten müssen, bis ein Krankenwagen vor Ort ist, gibt es so etwas im Polizeibereich nicht. Wir priorisieren“, erläutert Schumacher. Das könne dazu führen, dass Bürger im ländlichen Bereich durchaus bei einem Verkehrsunfall stundenlang warten müssen.

Mehr Bewerbungen

Immerhin hat sich die Zahl der Bewerbungen für eine Polizeiausbildung im Land dieses Jahr um 14 Prozent auf 1.383 erhöht. 131 junge Frauen und Männer setzten sich laut Innenministerium in einem Auswahlverfahren letztlich durch. Die Zahl der Ausbildungsplätze wurde von ursprünglich 125 auf 131 entsprechend erhöht. Ausbildungsstart für den neuen Jahrgang war der 1. August. „Dieses Jahr sieht es relativ gut aus, was die Bewerberzahl angeht und auch, was die Anzahl der geeigneten Bewerber angeht“, sagte Schumacher. Er warnte aber vor einem

gesundheitlichen Raubbau an jungen Kolleginnen und Kollegen, dessen Spätfolgen man nicht absehen könne. Oft heiße es, „ja, die Polizei schafft es ja irgendwie“ – wenn etwa zu einem Hansa-Rostock-Spiel statt einer Hundertschaft nur 70 oder 80 Beamte fahren, erklärt Schumacher. „Und dann schaffen die das auch irgendwie, obwohl eine Hundertschaft eigentlich auch genug zu tun hätte – mit der Folge, dass die überlastet werden. Und dann redet man nicht groß drüber.“

Generationenwechsel und mehr Teilzeit

Teilzeitarbeit ist nach Aussage Schumachers ein zunehmendes Thema, was auch mit jüngeren Kohorten zu tun habe. „Wir sind mitten im demografischen Wandel, haben auch einen Großteil schon vollzogen. Das heißt, ich denke mal, etwa 30 Prozent der Mitarbeiter sind unter 30 Jahre“, erklärte er. „Wir sind eher eine männlich geprägte Organisa-

tion.“ Früher hätten eher Frauen Elternzeit genommen oder arbeiteten in Teilzeit. Mittlerweile täten das auch Männer, um sich um die Familie zu kümmern. „Was auch richtig und gut ist.“ Aber dadurch fehle Personal. Gleichzeitig bekomme die Polizei neue Aufgaben. „Kriminalität wird immer internationaler, wird immer arbeitsteiliger“, schilderte Schumacher. Er verwies zum Beispiel auf ausgeklügelte Betrugsmaschen im Internet, bei denen der Ermittlungsaufwand immens höher sei. Es fielen aber keine anderen Aufgaben weg. Schumachers Vorschlag: Denkbar sei etwa, dass nicht unbedingt die Polizei sich um Menschen, die abgeschoben werden sollen, kümmern müsse.

Zudem könnten mehr Tarifbeschäftigte, also Angestellte ohne Verbeamtung, Aufgaben übernehmen. Nicht alle Tätigkeiten, etwa in der Kriminaltechnik oder bei bestimmten Auswertungen, müssten von Beamten erledigt werden. In anderen Bundesländern setze man schon stärker auf Tarifbeschäftigte. „Mecklenburg-Vorpommern ist da noch nicht so weit.“ ■

GEW MV hat neues Vorsitzendenteam: „Es brennt an allen Ecken und Enden!“



Die Landesdelegiertenversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Mecklenburg-Vorpommern (GEW MV) hat am 4. Juni 2025 ihre neuen Landesvorsitzenden gewählt. Mit großer Mehrheit haben die 96 Delegierten in Güstrow Sandra Astáras (im Bild links) und Ulrike von Malottki zu ihrer Doppelspitze für die kommenden drei Jahre gewählt.

Die Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern gratulierte durch seinen Landesvorsitzenden herzlich den neuen Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft MV! Wir wünschen euch für die kommenden drei Jahre viel Erfolg, Durchsetzungsvermögen und vor allem eine gute Zusammenarbeit im Sinne aller Beschäftigten. Mögen eure gemeinsamen Anstrengungen dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern, den Dialog zu stärken und gemeinsam für eine starke Bildungs- und Erziehungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern einzutreten. Auf eine erfolgreiche Amtszeit! ■



Sicherheit darf kein Preisschild haben!

„Bereits jetzt ist die Polizei nur noch in der Lage, das Notwendigste zu leisten!“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, mit Blick auf die heute (Anm. der Redaktion: 22. Juli 2025) stattfindende Haushaltsklausur der Landesregierung zum Doppeletat 2026/27.

Wie der Presse zu entnehmen war, plant die Landesregierung, trotz deutlich geringer Einnahmen keine neuen Schulden zu machen. Massive Einsparungen sind also geplant. Die GdP ist grundsätzlich für eine nachhaltige Finanzpolitik. Die aktuellen Planungen bergen aber erhebliche Risiken für die Sicherheit und Einsatzfähigkeit der Landespolizei.

Schumacher weiter: „Das Landeskabinett legt mit ihren heutigen Entscheidungen den



Foto: Staatskanzlei MV

Grundstein dafür, wie viel die innere Sicherheit zukünftig wert sein wird.“

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie der Einsatzkräfte muss oberste Priorität haben. Die Gewerkschaft der Polizei fordert daher eine klare Priorisierung bei den Haushaltsmitteln für die Polizei, insbesondere für die Einstellung von zusätzlichem Personal, bessere technische Ausstattung und Sanierung von Polizeigebäuden bzw. Schießstätten. „Das Kabinett macht Vorschläge. Aber der Landtag entscheidet! Wir appellieren an ALLE Verantwortlichen im Landtag: Die Sicherheit unserer Gesellschaft darf kein Spielball finanzieller Zwänge sein. Es braucht einen Haushalt, der unsere Polizei stärkt – heute und in Zukunft!“, so Schumacher abschließend. ■

GdP MV KRITISIERT AUSSCHLUSS BEIM INVESTITIONSGIPFEL

Forderung nach fairer Beteiligung und Respekt für Polizeibeschäftigte

Schwerin, 14. Juli 2025: „Die GdP soll mal wieder draußen bleiben, wenn die Landesregierung über die Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur berät. Das versteht im Polizeibereich keiner“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher.

Derzeitige Fakten sind: Laut Aktivitätsmeldung der Landesregierung findet am 15. Juli 2025 eine Beratung der Landesregierung mit Vertretern aus Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften (!) und anderen Bereichen der Gesellschaft zur Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur statt. Laut einer dpa-Meldung hat die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) bereits ihren Schwerpunkt ausgemacht. Die GdP ist nicht zu dieser Beratung eingeladen.

Schumacher weiter: „Es ist schlichtweg unverständlich

und enttäuschend, warum die größte Gewerkschaft innerhalb der Polizei bei einem so wichtigen Thema außen vor bleibt, während andere Akteure scheinbar vorrangiger behandelt werden und die GdP sogar konkrete Vorschläge hat. Das ist eine klare Missachtung unserer gewerkschaftlichen Arbeit und unserer Verantwortung gegenüber den Polizeibeschäftigten.“

Seien es die zerfallenden Gebäude des LPBK in Neumühle, die fehlenden Schieß-

anlagen der Polizei, die Fachhochschule in Güstrow, die Polizeibauten mit DDR-Standard oder auch nur der seit Jahren versprochene Sonnenschutz im Polizeizentrum Anklam. Es gäbe genug dringenden Investitionsbedarf bei der Polizei Mecklenburg-Vorpommern. Doch anstatt diese Themen ernsthaft anzugehen, wird der GdP die Teilnahme verweigert.

„Die GdP wird nicht schweigen, wenn es um die Interessen der Beschäftigten der Polizei geht! Für die GdP ist es unerträglich, dass wichtige Entscheidungen über die Polizei hinter verschlossenen Türen getroffen werden, während sie außen vor bleiben muss. Wir können die diesmal getroffene Entscheidung nicht ändern. Die GdP erwartet von der Landesregierung, zukünftig besser zu werden und mit der GdP partnerschaftlicher zu agieren“, so Schumacher abschließend. ■



Foto: GdP MV



Landesregierung beschließt die Eckpunkte für eine umfassende Novellierung des Personalvertretungsgesetzes

Die Landesregierung hat am 3. Juni 2025 die Eckpunkte für eine umfassende Novellierung des Personalvertretungsgesetzes beschlossen. In den kommenden Monaten wird nun ein Gesetzesentwurf erarbeitet, der die Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Personalräte stärken soll.

Die Gewerkschaften, darunter die GdP MV, haben sich seit über zehn Jahren intensiv für diese Reform eingesetzt und aktiv an den Eckpunkten mitgewirkt. Wir begrüßen diesen Schritt sehr und setzen uns weiterhin für eine moderne, gerechte und starke Personalvertretung ein.

Um alle Beteiligten auf den neuesten Stand zu bringen und einen offenen Austausch zu ermöglichen, findet heute (Anm. der Redaktion: 17. Juli 2025) in Güstrow eine Personalrätekonferenz statt.

Gemeinsam gestalten wir eine bessere Zukunft für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst in MV! ■



Foto: GdP MV

Frühstückstreffen der GdP-Freunde Schwerin

Im Bondzio in Langen-Brütz trafen wir uns wieder einmal, also 24 GdP-Mitglieder der Schweriner Gruppe.



Foto: GdP-KG Schwerin

Es gibt immer ein großes Hallo, wenn wir uns sehen, denn nicht alle sind jedes Mal dabei. Mal ist einer krank, mal einfach nur verhindert oder hat eine andere Verpflichtung.

Werner Vehlow, unser Betreuer, begrüßt uns immer sehr herzlich, und alle fühlen sich gleich wohl in der Runde. Zuerst gab es eine ganz wichtige Gratulation zum Geburtstag: Michael Nagurski wurde 80 Jahre alt. Das ist eine ganz schöne Leistung, dazu gratulieren wir noch einmal ganz herzlich und wünschen viel Gesundheit und Lebensfreude.

Nach dem gemeinsamen Frühstück in der Scheune im Bondzio hatte Werner eine schöne Überraschung für uns Senioren. Er hatte ein Video mitgebracht mit dem Weltkulturerbe Schwerin. Wir kannten natürlich einiges, doch waren auch viele Aufnahmen und Umstände dabei, die neu waren. Alle Aufnahmen hatte Werner Vehlow selbst gemacht und zusammengestellt. Dazu gab er Erläuterungen und erklärte vor allem auch historische Hintergründe. Die Gebäude, Anlagen, BUGA-Erinnerungen von 2009 waren bekannt, aber wieder neu im Bild erlebbar. Werner hatte sogar Fotos aus der Höhe – vom Ballon aus – gemacht. Das waren schöne Erinnerungen, aber auch Neues.

Vielen Dank, Werner Vehlow, das war eine interessante Führung durch das Schweriner Weltkulturerbe. Wir freuen uns schon auf das nächste Treffen. Bis dahin bleibt alle schön gesund und lasst es euch gut gehen.

Else Bös



Kurz aus dem „LFA-Tarif“ berichtet

Mitglieder des Landesfachbereichsausschusses Tarif haben sich kürzlich (Anm. der Redaktion: 9. Juli 2025) in Rostock getroffen, um wichtige Themen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu diskutieren. Auf der Tagesordnung standen zentrale Punkte wie die Tarifentwicklung, die Arbeitsbedingungen sowie die Zukunftsperspektiven für unsere Kolleginnen und Kollegen. Ziel ist es, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und die Arbeitswelt für alle fairer und zukunftssicher zu gestalten. Die Gespräche zeigen das Engagement des Ausschusses, um die Interessen der Mitarbeitenden bestmöglich zu vertreten. ■



Foto: GdP MV

Ist deine finanzielle Absicherung gewährleistet?

Die korrekte Formulierung der Dienstunfähigkeitsklausel in deiner Dienstunfähigkeitsversicherung ist entscheidend, um deine finanzielle Absicherung zu gewährleisten. Du als Polizeianwärter bist im Dienst besonderen Belastungen ausgesetzt. Bei dauernder Dienstunfähigkeit würdest du in den Ruhestand versetzt oder entlassen werden. Allerdings besteht in den ersten fünf Dienstjahren im Fall einer krankheitsbedingten dauernden Dienstunfähigkeit kein Anspruch auf Ruhegehalt durch deinen Dienstherrn.

Die DU-Klausel schützt im Ernstfall deine finanzielle Grundlage und erleichtert deine berufliche Zukunft sowie persönliche Lebensplanung erheblich. Doch nicht jede Klausel gewährt einen umfassenden Schutz! Daher ist es essenziell, die DU-Klausel sorgfältig zu prüfen und sicherzustellen, dass sie tatsächlich die nötige Sicherheit im Falle einer Dienstunfähigkeit bietet.

Doch was macht den Unterschied zwischen einer „echten“ und einer „unechten“ Klausel aus?

Im Rahmen deiner Ausbildung ist es absolut wichtig, den entscheidenden Unterschied zwischen einer „echten“ und einer „unechten“ Dienstunfähigkeitsklausel zu kennen.

Die „echte“ DU-Klausel bietet bei bestätigter Dienstunfähigkeit durch



Foto: PVAG, Team MV

den Dienstherrn unkomplizierte Leistungserkennung für dich als angehenden Polizeibeamten.

Aber jetzt zur „unechten DU-Klausel“ – die ist etwas kniffliger. Wenn du aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage bist, deinen Dienst auszuüben **und** deshalb in den Ruhestand versetzt wirst, schaut der Versicherer genauer hin. Durch die „Und“-Formulierung hat er das Recht zu überprüfen, ob die vorliegende Krankheit wirklich die Ursache für die Dienstunfähigkeit ist. Falls der Versicherer da anderer Meinung ist als dein Dienstherr, könnte das bedeuten, dass du ohne finanzielle Unterstützung dastehst.

Mit uns und der Polizeiversicherungs-AG (PVAG) sicherst du dir deine Dienstunfähigkeitsversicherung mit einer „echten“ DU-Klausel. ■



Foto: PP Neubrandenburg

Glückwunsch an den neuen Polizeipräsidenten Neubrandenburg

Unser Landesvorsitzender (am 4. Juli 2025) gegenüber dem Nordkurier: „Endlich gibt es Klarheit bei der Führung des Polizeipräsidioms Neubrandenburg. Als Gewerkschaft freuen wir uns und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit mit dem

neuen Polizeipräsidenten. Wir wünschen ihm ein glückliches Händchen bei der Amtsführung“, so der Chef der Gewerkschaft der Polizei in MV, Christian Schumacher. Anfang der 90er-Jahre habe Wurzer laut Schumacher im mittleren Dienst

der Polizei angefangen. „Er ist der Beweis, dass man sich mit Engagement und Einsatz von unten auch nach ganz oben arbeiten kann.“ Auch in Anklam, Schwerin und Rostock hätte er schon Stationen durchlaufen, so Schumacher weiter. ■



Herr Niehörster verabschiedet sich in den Ruhestand

Am 23. Juli wurde der Abteilungsleiter 1 im Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern in den Ruhestand verabschiedet. Seit 2019 leitete Herr Niehörster die Allgemeine Abteilung und war zuvor Leiter der Polizei-Abteilung. Wir danken ihm für sein Engagement, seine Unterstützung und die (wenn auch manchmal schwierige) gute Zusammenarbeit. Für den neuen Lebensabschnitt wünschen wir ihm alles Gute, Gesundheit und viel Freude! ■

#NDRFRAGT

Wie sicher fühlen Sie sich im öffentlichen Raum – und was hilft, sich frei zu bewegen?

- Jede dritte Frau fürchtet sexuelle Übergriffe in der Öffentlichkeit.
- Eine deutliche Mehrheit ergreift persönliche Maßnahmen.
- Für zwei Drittel soll öffentliche #Sicherheit stärker auf die politische Agenda.
- Die Mehrheit setzt gegen Anschläge und Angriffe auf härtere Strafen und mehr #Polizei.
- Viel Zuspruch für Videoüberwachung und verdachtsunabhängige Kontrollen
- In Mecklenburg-Vorpommern sind mehr als sieben von zehn Befragten mit

der politischen Aufmerksamkeit unzufrieden.

Bitte scannen Sie den QR-Code, um die Ergebnisse der einzelnen Fragen zu sehen. ■



Wie bewerten Sie die Aufmerksamkeit, die deutsche Politikerinnen und Politiker dem Thema Sicherheit im öffentlichen Raum widmen?

viel zu viel Aufmerksamkeit

3%

eher zu viel Aufmerksamkeit

9%

genau die richtige Aufmerksamkeit

16%

eher zu wenig Aufmerksamkeit

38%

viel zu wenig Aufmerksamkeit

27%

weiß nicht / keine Angabe

7%

Nicht repräsentative, gewichtete #NDRfragt-Umfrage. 24.493 Antworten aus Norddeutschland. Zeitraum der Befragung: 17. bis 23. Juni 2025. Auf 100 fehlende Prozentpunkte: rundungsbedingt oder 'keine Angabe'.

Quelle: #NDRfragt · Daten herunterladen